Solidarität mit Rojava: Widerstand braucht Waffen, Sieg der YPG/YPJ

Der mutige Widerstand des kurdischen Befreiungskampfes im Kanton Kobanê an der türkisch-syrischen Grenze hält seit rund einem Monat die internationale Linke im Bann. In den letzten zwei Wochen, mit der beginnenden Belagerung des Hauptortes Kobanê, ist dieser Kampf auch zu einer Frage geworden, mit der sich die gesamte Weltgemeinschaft beschäftigt.

Wir, die internationale kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION, sprechen unsere Bewunderung und unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem bewaffneten Kampf der Kurden und KurdInnen, sowie der YPG/YPJ, den Selbstverteidigungskräften Rojavas, gegen die Terroristen des „Islamischen Staates“ aus.

Obwohl sie schlechter ausgerüstet sind und zahlenmäßig unterlegen, halten sie bisher Stellungen, die die Imperialisten aus USA und Deutschland schon für verloren erklärt hatten, bevor der Kampf überhaupt erst begonnen hatte.

Doch der Widerstand in Kobanê und in Rojava braucht dringend unsere Solidarität, unsere praktische Unterstützung. Wir wissen, dass Solidaritätsbekundungen Mut im Kampf spenden können. Wir wissen, dass Massenproteste in Europa politische Unterstützung sein können. Und beides ist unerhört wichtig. Aber in einem militärischen Konflikt braucht man moderne Waffen, um sich verteidigen zu können. An diesen mangelt es den KämpferInnen der YPG/YPJ.

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit der Neuen antikapitalistischen Organisation (NAO) und der antifaschistischen revolutionären Aktion Berlin (ARAB) dazu entschlossen, die Kampagne „Waffen für Rojava – Solidarität mit

der YPG/YPJ“ zu beginnen, die Spenden für Waffen für die YPG/YPJ sammeln wird. Die Gruppe Perspektive Kurdistan hat sich fast unmittelbar angeschlossen, weitere Anfragen sind bereits eingegangen. Heute wird die Kampagne nun formell mit einer Pressekonferenz gestartet, nachdem wir in den vergangenen sieben Tagen bereits über FB und Mundpropaganda rund 26´000 Euro sammeln konnten.

Allerdings wollen wir nicht nur Geld sammeln. Wir wollen die politische Ratlosigkeit unter großen Teilen der Linken überwinden, die sich bisher nicht entschlossen genug zum kurdischen Widerstand geäußert haben.

Ein Teil mag denken, dass ihr Beitrag Bedeutungslos wäre. Andere mögen die Politik der PKK oder der PYD nicht unterstützen. Doch beides ist falsch.

Mehr Infos zu Kobanê und den Widerstand? – Dann komm‘ zu den Internationalismustagen der NaO nach Berlin!

Unser Beitrag hat eine Bedeutung. Wir können nicht sagen, dass unsere bisherige Aktivität das Blatt im Bürgerkrieg gewendet hätte. Aber sie hat bisher solche Strahlkraft entwickelt, dass sie zu einer internationalen Kampagne zu werden scheint – Schweden, Norwegen, Österreicher und Briten haben bereits gefragt, wie sie sich der Kampagne anschließen können. Und sie hat auch ein wichtiges politisches Moment, denn wir sagen klar, dass wir jegliche militärische Intervention der Imperialisten, der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten ablehnen. Das wir aber gleichzeitig den Kampf praktisch unterstützen wollen und das Recht der KurdInnen anerkennen für ihre Selbstbestimmung auch mit der Waffe in der Hand zu kämpfen!

Auch wir teilen die strategische Politik der PKK und der PYD nicht. Aber wir müssen Seite an Seite mit ihnen im Kampf gegen die Schergen des IS, die Repression des türkischen Staates und ihre Verfolgung in den europäischen Staaten stehen. Wer den Widerstand aus sektiererischen Gründen nicht unterstützen will, weil er die Politik ihrer aktuellen Führung nicht zu hundert

Prozent unterstützen kann, der sollte sich fragen, ob er die Politik eines vom IS besetzten Kobanê mehr unterstützen könnte. Wir hingegen wollen die erkämpften demokratischen Rechte in Rojava verteidigen mit dem Ziel sie zu einem Kampf für ein freies, sozialistisches Kurdistan auszuweiten, der auch die Türkei, Syrien, den Irak und den Iran erfassen könnte. Wollen wir, dass das eine realistische Perspektive ist, dann müssen wir im Hier und Jetzt etwas dafür tun. Wir müssen jetzt die KämpferInnen in Kobanê unterstützen.

Wir rufen daher alle Individuen und Organisationen dazu auf: Unterstützt die Kampagne „Waffen für Rojava – Solidarität mit der YPG/YPJ“. Spendet, verbreitet die Kampagne, schließt euch öffentlich an!

Bijî Berxwedana Kobanê – Freiheit und Sozialismus für Kurdistan!

Spendenkonto:

Empfänger: MD

IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49

BIC: HELADEF1822

Informationen findet ihr auch unter:
kontakt@nao-prozeß.de
arab@riseup.de

[´solid]: if everything goes right,

go left – Oder welche Einheit brauchen wir?

Der hier veröffentlichte Text, ist eine Kritik von Lukas Müller, einem langjährigen [´solid]-Mitglied, an seiner eigenen Organisation. Lukas ist seit einiger Zeit auch mit unserer Organisation in Kontakt. Der Grund dafür ist, wie er auch in dem folgenden Text schreibt, dass er eine tiefergehende Kritik an der reformistischen Politik [´solid]´s entiwckelt hat und den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation heute für zentral hält. Er plant den Text in Kürze auch als kleine Broschüre zu veröffentlichen. Wir unterstützen den Text und seine Schlussfolgerungen und möchten zu einer Debatte in und außerhalbs [´solid]´s über die Frage revolutionärer Einheit und Umgruppierung unter Jugendlichen anstoßen.

Die Linksjugend [’solid] war mein Einstieg in die Politik, über das Thema Antifaschismus wurde ich politisiert. Mit Ende 15 trat ich der Gruppe bei. Schnell war meine Begeisterung für die Theorien von Marx und Engels geweckt. Ich begann, hauptsächlich privat, ihre Texte zu lesen.

Für mich war bald klar: Ich bin Sozialist. Marx’ revolutionäre Ideen zeigen einen Weg auf, den Sozialismus zu verwirklichen. Doch je mehr ich mich mit diesen Ideen und ihrer Geschichte beschäftigte, desto mehr begann ich zu bezweifeln, ob wir den Ansprüchen eines sozialistischen Verbandes auch gerecht werden.

Einige Jahre und bundesweite Veranstaltungen, in denen ich Struktur, politische Theorie und Kräfteverhältnisse des Verbandes näher kennenlernte, dauerte es, bis mir endgültig klar wurde: [’solid] wird nie eine Rolle in einer sozialistischen Bewegung spielen, geschweige denn eine solche aufbauen und anführen.

Ich habe mich nach längeren und eingehenden Diskussionen dafür entschieden, den schwierigen, aber notwendigen Weg zu gehen – Einen

offenen politischen Kampf für eine revolutionäre Alternative zu führen, anstatt still und ohne ein Wort auszutreten.

Ich habe den Text also nicht geschrieben, damit sich alle, die nicht in [´solid] sind, sich wohlgefällig zurücklehnen können, um zu sagen „Wir haben es euch ja schon immer gesagt.“ Genauso wenig möchte ich aber einen Text schreiben, der uns Linke in [´solid] bestätigt, damit wir uns etwas schlauer aber immer noch wohlgefällig zurücklehnen. Ich möchte eine Diskussion unter den revolutionären Jugendlichen innerhalb [´solid]s über die Perspektiven unserer Organisierung im Aufbau einer gemeinsamen revolutionären Kraft anregen.Warum genau – das möchte ich nun etwas detaillierter darlegen.

„[’solid] ist der größte linke Jugendverband“

Wer über die Politik von [’solid] diskutiert, wird sehr schnell mit dem „Argument“ konfrontiert werden, [’solid] wäre der größte Linke Jugendverband. Und tatsächlich, in so ziemlich jedem Bundesland hat [’solid] Landesverbände, die allerdings sehr unterschiedlich geprägt sind. Der Landesverband in NRW zum Beispiel ist für seine eher antiimperialistischen und allgemein linkeren Positionen im Bundesverband bekannt. So lehnen sie u.a. die EU in ihrer jetzigen Form ab. Auch Hamburg zählt zu den fortschrittlicheren Landesverbänden. Doch gerade in Hamburg traten erst vor kurzem vier Mitglieder aus [´solid] und der LINKEN aus[1]. Sie wollten damit gegen die reformistische Politik[2] und den Rechtsruck nach dem Hamburger EU-Parteitag protestieren.

Die absolute Mehrheit stellen hingegen Landesverbände wie Bayern, Sachsen oder Berlin, die dem rechten Flügel von [´solid] angehören. Sie sind oft

besonders eng an die offiziellen Positionen der LINKEN gebunden, insbesondere in Ostdeutschland, wo die Partei an Landesregierungen beteiligt ist/war. Im besten Falle vertreten sie ausgewaschene, diffus linke Positionen. Im schlechtesten Fall sind sie selbst an einer bürgerlichen Regierungsbeteiligung interessiert oder stramm antideutsch, nicht allzu selten auch gerne beides.

Trotz dieser Uneinheitlichkeit und der Passivität der Organisation hat [’solid] theoretisch an die zehntausend Mitglieder. Der übergroße Teil dieser Mitglieder sind allerdings Karteileichen. Von den „aktiven“ Mitgliedern sind viele nur zu Aktionen oder Veranstaltungen mobilisierbar. Sie entsprechen eher einem Kreis von SympathisantInnen, die auf die Politik der Organisation und die Perspektiven unseres Kampfes wenig direkten Einfluss nehmen. Wirkliche AktivistInnen, vorwärtstreibende Kräfte sind die wenigsten der eingetragenen Mitglieder.

Ja, [´solid] ist der größte Jugendverband nach den JuSos, der sich als „sozialistisch“ bezeichnet. Doch er ist wohl auch der Jugendverband, der gemessen an seiner Größe die kleinste Aktivität entfaltet, in seiner Gesamtheit politisch rechts der radikalen Jugend steht und dessen Mitgliedschaft in bürokratischen Grabenkämpfen zerrieben wird. Das zeigt auch die Entwicklung der aktiven Mitgliedszahlen, die bundesweit seit langem sinken.

Die zehntausend Jugendlichen, die sich einmal als Mitglieder eingetragen haben, stehen beispielhaft für das revolutionäre Potential, dass die Jugend in sich birgt. Eine Organisation, die gezielt versuchen würde dieses Potential in die aktive Teilnahme an dem inneren Organisationsleben und dem Eingreifen in den Klassenkampf unter einem revolutionären Programm zu verwandeln, könnte Berge versetzen. Doch [´solid] ist nicht diese Organisation. Viele ihrer FührerInnen haben kein politisches oder soziales Interesse eine solche Organisation aufzubauen. Einige wenige würden gerne, haben aber kein

politisches Konzept.

„[´solid] ist der erste Anlaufpunkt für radikale Jugendliche“

Das zweite Argument ist, [´solid] sei der erste Anlaufpunkt für linke Jugendliche. Auch dieses „Argument“ klingt zuerst verlockend. Und es ist im übrigen ein Argument, das normalerweise gegen linke und revolutionäre KritikerInnen an [´solid] ins Feld geführt wird.

Doch meine Kritik bezieht sich auf die Politik und nicht die Größe von [´solid]. Wenn viele [´solid] als ersten Anlaufpunkt sehen, dann drückt das nur die Alternativlosigkeit aus, die viele Jugendliche verspüren. Das bedeutet auch den Mangel einer revolutionären Alternative. Genau diese gilt es aufzubauen. Insofern wird die Tatsache, dass eine Organisation mit reformistischer Politik und Organisationsstruktur aktuell der „erste Anlaufpunkt“ für Jugendliche ist, zu einem Problem vom Standpunkt sozialistischer Politik aus gesehen.

Das [´solid] der erste Anlaufpunkt für viele Jugendliche ist, entspricht auch der Tatsache, dass die LINKE einen großen Apparat, viel Geld und Aufmerksamkeit genießt, der auch auf [´solid] abfärbt. Ganz davon abgesehen hat die LINKE auch ein Interesse daran neue, junge Funktionäre für ihre Partei zu gewinnen.

Für mich als Sozialist und Revolutionär ist die erste Frage, wie ich Jugendliche für den Sozialismus und eine Organisation, die ihn auch erkämpfen kann, gewinne. Ich will, dass revolutionäre Politik zum ersten Anlaufpunkt wird. Eine reformistische Organisation dafür als „strategisches Vehikel“ zu nutzen ist nicht nur unlogisch, sondern auch prinzipienlos. So als wäre [´solid] ein Auto, in das sich jeder setzen könnte, um dann die Richtung zu bestimmen. Das Problem ist nur: die Autoschlüssel und die Fahrzeugpapiere für dieses „spezielle Vehikel“ liegen klar in den Händen der ReformistInnen in [´solid].

[´solid] ist keine Organisation, die klar für den Sozialismus eintritt. In den meisten Fällen wird ein schwammiger „demokratischer Sozialismus“, ein nicht genau definierter „Antikapitalismus“ oder einfach ganz offen reformistische Politik vertreten. [´solid] ist keine revolutionäre, klassenkämpferische Organisation mit AktivistInnen, die zur regen Debatte über die Perspektiven der Organisation ermutigt und politisch geschult werden. Nur so könnte die

Mitgliedschaft befähigt werden die eigene Organisation demokratisch zu führen, entschlossen nach außen aufzutreten, Widerstand zu organisieren und eine revolutionäre Bewegung anzuführen.

Die AktivistInnen, die ihr mit diesem Anspruch beitreten, werden allzu oft durch ihre Erfahrungen in [´solid] demoralisiert, verlassen
die Organisation und nicht selten auch die Politik. Nur „links“ zu sein und in [´solid] zu sein, weil es der vermeintlich erste Anlaufpunkt wäre, ist keine Antwort auf dieses Problem. Dieser Politik und ihren Konsequenzen kann nur eine eindeutige revolutionäre, programmatisch eigenständige Alternative entgegenwirken. Es gibt keinen „reformistischen Umweg“ oder „notwendigen Zwischenschritt“ von Jugendlichen auf dem Weg zu einem revolutionären Programm – nur Sackgassen.

„Man kann Jugendliche nicht direkt mit revolutionärer Politik gewinnen“

Gleich im Anschluss daran wird gerne dieses Argument gegen unabhängige RevolutionärInnen ins Feld geführt wird, die sich für eine eigenständige und klar sozialistische Politik aussprechen. Es wird in der Regel vom linken Flügel in [´solid] selbst artikuliert, der sich um linkere ReformistInnen oder

Organisationen wie die SAV oder Marx21 gruppiert, die „tiefen Entrismus“ [3] in der Organisation betreiben.

Doch die Aussage ist vollkommen widersprüchlich und kann nur zu Verwirrung und Verlegenheit führen. Natürlich sind aktuell nicht alle Jugendlichen unmittelbar für eine revolutionäre Organisation gewinnbar. Das liegt durchaus an der gesamten politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Wichtiger aber, es liegt auch daran, dass es Jugendliche gibt, die kein soziales Interesse danach verspüren. Jugendliche, die z.B. der Jungen Union oder der Grünen Jugend beitreten, tun dies relativ bewusst und sind für uns, zumindest momentan, sicher nicht gewinnbar. Der zweite und für unsere eigene Politik entscheidendere ist aber der „subjektive Faktor“. Revolutionäre Ideen sind schwach, eine revolutionäre Massenjugendorganisation gibt es nicht. Das führt scheinbar dazu, dass Jugendliche „zuerst“ zu einer reformistischen Jugendorganisation gehen.

Etliche Jugendliche, die sich bei [´solid] organisieren, wären aber durchaus für eine revolutionäre Organisation direkt gewinnbar. Auch viele der Jugendlichen, die zersplittert in linksradikalen Gruppen und Antifas organisiert sind, wollen eine solche Organisation aufbauen oder wären dafür gewinnbar. An sie wollen wir uns in erster Linie wenden. Sie werden aber nur direkt für eine revolutionäre Organisation gewinnbar werden, wenn wir eine solche aufbauen. Es ist gerade das, was der „linke" Flügel in [´solid] versäumt – nämlich eine ernsthafte revolutionäre Opposition darzustellen, die ein erster Keim für eine solche Organisierung darstellen könnte. Sie sind vielmehr das „linke Gewissen" von [´solid] und der LINKEN. Wie viel das praktisch zählt, sehen wir an der Regierungspolitik der LINKEN, der sinkenden Aktivität von [´solid] auf der Straße, den Beschlüssen auf den Bundeskongressen und dem wachsenden Einfluss der Rechten im Verband. Im Zweifelsfall profitiert die rechte Führung der Organisation sogar von dieser Politik, weil sie die Früchte des Aktivismus der Linken erntet, während sie gleichzeitig einen schonungslosen Kampf gegen ihre Ideen führt.

Das „Argument" eine revolutionäre Organisation würde auch nur gebetsmühlenartig vom Sozialismus reden, ist nicht wahr. So wie ja auch eine reformistische Organisation nicht nur gebetsmühlenartig vom Reformismus redet. Das Ziel ist natürlich ein anderes, aber auch der Weg, den eine revolutionäre Organisation einschlägt.

RevolutionärInnen sollten immer in der ersten Reihe im Kampf für fortschrittliche Reformen sein – meist sind sie das auch heute schon. In diesen Kämpfen, ob um höhere Löhne, gegen Kürzungen in der Bildung oder gegen den Abbau demokratischer Rechte, müssen RevolutionärInnen die Ursachen des Problems aufgreifen, sozialistisches Bewusstsein schaffen und die ArbeiterInnen und Jugendlichen anregen sich selbstständig zu organisieren. Ich denke, man muss die Tageskämpfe von der Perspektive der Revolution aus betrachten, nicht umgekehrt. Wir müssen uns die Frage stellen, was die Jugendlichen und die ArbeiterInnen brauchen und nicht, was der Staat und die KapitalistInnen geben wollen. Sonst wird man immer gezwungen sein, sich der kapitalistischen Logik unterzuordnen – auch in den Tageskämpfen. Das erklärt auch, warum der Reformismus und seine Organisationen in Deutschland,

obwohl sie sehr groß und stark sind, keine Kämpfe für diese Tagesforderungen führen. Wir wollen das tun, insofern sind wir eindeutig für den entschlossensten Kampf auch für die unmittelbaren Forderungen der ArbeiterInnen und Jugendlichen. So wird jeder Sieg, wenn er von RevolutionärInnen geführt wird, die Moral, die Organisation, als auch das Vertrauen in die eigene Kraft und die Revolution unter den ArbeiterInnen und Jugendlichen stärken.

Doch von theoretischen Betrachtungen[4] abgesehen, stellt sich ganz praktisch die Frage, warum gerade [´solid] eine attraktive „Einsteigerorganisation“ für Jugendliche sein sollte. Viele der Jugendlichen, die dem Verband beitreten, suchen ja gerade nach einer Alternative zu den bestehenden Verhältnissen und zum Kapitalismus. Auch wenn nur die wenigsten bereits bewusste RevolutionärInnen sind, viele wären dazu bereit, über revolutionäre Politik zu diskutieren. Doch [´solid] demoralisiert diese AktivistInnen, anstatt ihrem Kampfgeist eine reale Perspektive zu bieten. Deswegen lohnt es sich einen genaueren Blick auf die Art der Organisierung innerhalb [´solid]s zu werfen.

Bürokratischer Föderalismus oder demokratischer Zentralismus?

Neben den einzelnen Landesverbänden gibt es innerhalb von [’solid] Bundesarbeitskreise (BAK´s) und Landesarbeitskreise (LAK´s). In ihnen vernetzen sich die Mitglieder zur Arbeit an spezifischen Themen. Neben unterschiedlichen Arbeitskreisen u.a. zum Thema Krise, Feminismus und Antifa, gibt es den BAK AuF (Antimilitarismus und Frieden) und den BAK Shalom. Ersterer ist die Plattform, in der sich KriegsgegnerInnen und InternationalistInnen zusammengeschlossen haben. Letzterer ist die Plattform von antideutschen Kräften, die mit Erfolg versuchen, die politische Arbeit des Verbandes zu sabotieren und neokonservative Positionen salonfähig zu machen. Dazu gehören auch das Befürworten von Kriegen, die Legitimation von kapitalistischen Staaten oder anti-muslimischem Rassismus[5]. Der BAK Shalom schafft es dabei, sowohl innerhalb von [’solid], als auch medial und in die Partei hinein, einer der einflussreichsten BAK´s zu sein. Immer wieder werden linke Positionierungen, z.B. auf dem Bundeskongress, dem höchsten Gremium, verhindert.

Ein großer Teil der eigentlichen Arbeit und der politischen Entwicklung ist also föderal von unterschiedlichen Arbeitskreisen organisiert. Eine Arbeit und Politik, die sich gegenseitig oft genug widerspricht. Gleichzeitig findet keine theoretische, sowie natürlich auch praktische-organisatorische Schulung der einzelnen Mitglieder statt. Sowohl auf Landesebene, wie auf Bundesebene gibt es kaum Fortbildungen. Weder das Auseinandersetzen mit „Klassikern“, noch mit aktuellen Texten spielt eine ernstzunehmende Rolle. Wenn es doch einmal Veranstaltungen mit Workshops gibt, so bleibt auch dort in der Regel Basiswissen, über das jede/r SozialistIn verfügen sollte unerwähnt. Wer sich nicht selbstständig oder sogar entgegen der offiziellen Positionen weiter schult, wird kaum in der Lage sein eigenständige Postionen zu entwickeln, oberhalb der Ortsgruppenebene eine Rolle spielen, geschweige denn eine revolutionäre Programmatik entwickeln können.

Sicherlich ist das ein wichtiger Grund, warum der BAK Shalom und seine Wortführerinnen in der Lage sind ihre reaktionären Positionen, trotz fadenscheiniger Argumentationen, im Verband durchzubringen, wie zuletzt die massiven Angriffe gegen die GenossInnen in Essen beweisen, die vollkommen zurecht eine Demonstration gegen Imperialismus und in Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand organisierten. Der Einfluss des BAK Shalom, auch auf Mitglieder die sich selber überhaupt nicht als Antideutsche sehen, stützt sich genau auf die Desinformation der Mitglieder, den vermeintlichen Föderalismus der Organisation. Dieser Föderalismus gilt aber in gewisser Art und Weise nur für „die Basis“ der Organisation.

Denn auf den Bundeskongressen reden immer dieselben Personen. Es ist der rechte Flügel, der die entscheidenden Führungspositionen innehat. In der Außenwahrnehmung der Organisation gibt es keinen linken Flügel. Wenn der doch einmal wie in Essen in Erscheinung treten sollte, wird er von der bürokratischen Führung denunziert und angegriffen.[6]

Eine solche Politik muss unweigerlich dazu führen, dass viele Menschen die aus Sympathie mit dem Verband Mitglied geworden sind, nicht überzeugt und motiviert werden, die politisch-praktische Arbeit auch tatsächlich aufzunehmen. Das Resultat ist eine große

passive Masse, die durch die aktuelle Führung daran gehindert wird, sich revolutionär zu organisieren. Wenn es dann Kritik an dieser Führung geben sollte, wird sie sich immer auf ihre passive Basis berufen mit den Worten: „Wir würden ja gerne, aber unsere Basis ist leider zu inaktiv (oder zu rechts).“

Die Organisation ist zerstritten, ihr politisches Programm ist diffus und gibt auf zentrale Fragen keine Antwort, die Aktivität ist sehr gering, viele der Mitglieder sind passiv und die meisten Landesverbände und der Bundesverband werden vom rechten Flügel, mit Unterstützung der Antideutschen geführt. Diese Situation ist letztlich eine Konsequenz der gesamten reformistischen Politik von [´solid] nicht nur eine „Kinderkrankheit“.

Auch in einer revolutionären Organisation wird es offene, kontroverse und sicherlich auch einmal heftige Debatten geben. Aber bürokratische Grabenkämpfe und Inaktivität sollten ihr fremd sein. Wenn Entscheidungen aus der gemeinsamen und freien Debatte entstanden sind, sollte auch von der gesamten Organisation verlangt werden, diese zu tragen. Nur so kann die Richtigkeit oder Falschheit von Positionen wirklich erfasst und vor allem schlagkräftige Aktionen organisiert werden. Oder wie Lenin den demokratischen Zentralismus beschrieb „Freiheit in der Kritik, Einheit der Aktion“[7].

„[´solid] ist ein pluralistischer Verband“

Falls man AktivistInnen in [´solid] von den bisherigen Punkten überzeugen konnte, bleiben immer noch zwei „Totschlagargumente“, die vermeintlich alles bisher gesagte Aushebeln, „[’solid] ist eben ein pluralistischer Verband mit unterschiedlichen Meinungen, und auch deine hat dort ihren Platz“ und „stimmt ja alles gar nicht, [´solid] ist doch unabhängig von der LINKEN (ergo von Reformismus und Bürokratismus)“.

Auf die erste Aussage kann man mit Ja und Nein antworten, je nach dem, wie sie gemeint ist.

Ja, [’solid] ist ein Sammelbecken für viele Menschen, die sich selbst irgendwie als „links“ bezeichnen. Innerhalb des Verbandes können die Mitglieder sich

dann nicht nur in Strömungen zusammenschließen, um mehr Einfluss zu haben. Einzelne Ortsgruppen, Landesverbände oder Arbeitskreise können völlig unabhängig vom Rest des Verbandes Positionen entwickeln und propagieren, auch wenn diese bei Bundeskongressen nicht annähernd mehrheitsfähig sind.

So kommt es, dass die einzelnen Teile des Verbandes oft gegeneinander arbeiten und verschiedene, widersprüchliche Positionen nach außen getragen werden. Der Verband ist nicht in der Lage, an einem Strang zu ziehen und als Gesamtorganisation klare Losungen zu bestimmten Themen herauszugeben, als auch die Arbeit an diesen gemeinsam zu organisieren und anzugehen. Dadurch werden Kräfte und Geld massiv vergeudet.

Das führt unweigerlich zu einer Praxis, in der die Rechten ohne Furcht vor Konsequenzen offen gegen das Programm und die Beschlüsse des höchsten Gremiums nach außen agieren, natürlich mit Verbandsgeld, während die Linken mit dem „demokratischen Zeigefinger“ oder gleich über medialen Druck von der eigenen Organisation zurück in ihre Bedeutungslosigkeit gewiesen werden – denn bei ihnen wird durchaus sehr genau verfolgt, was sie tun. Beim BAK Shalom und dessen Umfeld z.B. ist es Gang und Gebe Krieg und Militär zu verherrlichen[8], obwohl sich der Verband im Programm eigentlich antimilitaristisch positioniert[9]. Zudem ignoriert dieser Arbeitskreis einen Beschluss des Bundeskongresses zur Distanzierung von der Kampagne für einen Krieg gegen den Iran – ohne jegliche Konsequenzen. Die Konsequenzen, die AntiimperialistInnen in der Organisation zu befürchten haben, selbst wenn sie ganz formell auf den Beschlüssen der Organisation stehen – wie in NRW/Essen – kennen wir alle[10].

Insofern ist [´solid] tatsächlich sehr „pluralistisch“, in gewissen Fragen ist die Organisation wahrscheinlich politisch und auch praktisch zersplitterter und zerstrittener, als Teile der „radikalen Linken“.

Der Pluralismusbegriff suggeriert, die Integration von verschiedenen Ideen und Konzepten. Praktisch bietet er aber den unterschiedlichen Kräften lediglich eine Spielwiese, ohne dabei Druck zu erzeugen, eine gemeinsame,

ergebnisorientierte Debatte zu führen oder die verschiedenen Positionen auf die Probe zu stellen und im Kampf zu vereinen. Aber wer entscheidet denn dann eigentlich über die gesamte Politik der Organisation?

Und hier setzt das oben erwähnte „Nein“ ein, denn bei offenen oder zentralen Fragen setzt sich letztlich immer die Fraktion durch, die am besten in der Organisationsstruktur verankert ist und den besten Zugriff auf Ressourcen hat. Das ist in der Regel der rechte Flügel und die reformistische Führung von [´solid], flankiert von den Antideutschen. Im Zweifelsfalle werden dafür auch gerne einmal ganze Ortsgruppen, die zu links sind oder eine Bedrohung der reformistischen Politik darstellen, diffamiert, zerrieben oder zur Auflösung gedrängt.

Durch die kaum vorhandenen kollektiv durchgeführten Diskussionen und kaum vorhandene bindende Entscheidungen bietet der „Pluralismus“ der Führung von [´solid] (aber auch anderen reformistischen Organisationen, wie SYRIZA, der Front de Gauche, Podemos etc.) sehr viele Freiheiten und Fläche zum manövrieren. Sie sind die Profiteure dieses Organisationsmodell, nicht die Basis und auch nicht die RevolutionärInnen.

Die Praxis beweist das, denn der Abstand zwischen Basis und Führung gleicht sich nicht an, ganz im Gegenteil. Die Passivität der Basis, Karteileichen und stark unterschiedlicher Bildungsstand der Mitglieder sind einige Beispiele dafür. Gleichzeitig führt der Pluralismus dazu, dass durch das Gewähren dieser Freiheiten innerhalb des Verbandes die zunehmende Bürokratisierung verschleiert wird. Dabei spielt auch der BAK Shalom eine wichtige Rolle. Unter dem Deckmantel der Heterogenität toleriert, obwohl dieser in bestimmten Punkten die Grundsätze des Verbandes ignoriert, verhindert dieser zuverlässig eine Bewegungen von links, welche die Führung in Bedrängnis bringen könnte.

„[`solid] ist eine unabhängige Jugendorganisation“

[’solid] bezeichnet sich selbst als unabhängig von der LINKEN. [´solid] stehe in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Auch ich glaube, dass sich die Jugend selbständig organisieren, eigene Beschlüsse fassen und selbst Erfahrungen

sammeln sollte. Diese Unabhängigkeit sollte aber nicht bedeuten, dass die Jugend den Aufbau und den Kampf einer sozialistischen ArbeiterInnenpartei nicht aktiv unterstützen sollte.

Die Jugend ist, anders als die älteren Generationen, noch nicht Jahrzehnten bürgerlicher Ideologie und Reformismus innerhalb der ArbeiterInnenbewegung ausgesetzt oder musste so viele entmutigende Ereignisse im Klassenkampf erleben. Sie ist außerdem im Kapitalismus ganz besonders von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen. Daher werden proletarische und prekarisierte Jugendliche sehr oft der radikalere Teil der Klasse sein. Ihnen kommt eine wichtige Rolle darin zu eine revolutionäre Partei zu schaffen und die Gewerkschaften auf einen revolutionären Kurs zu drängen und zu halten. Dafür müssen sie politisch unabhängig von den Apparaten der Gewerkschaften und des Reformismus sein, solange es eine solche revolutionäre Partei noch nicht gibt. Organisatorisch sollten sie generell unabhängig sein, damit die Jugend eigenständig Erfahrungen in der Tagespolitik sammeln kann.

Nun, wenn wir uns die Politik von [´solid] anschauen, kann man allerdings kaum behaupten, dass sie unabhängig vom Reformismus der LINKEN wäre. Ein praktisches Beispiel beweist das recht gut. Während der Bundesverband in den letzten Jahren in große Lethargie verfallen ist, gibt es immer wieder ein Event, an dem er sich „aufrappelt“: Wahlen.

[´solid] behauptet natürlich die LINKE kritisch bei den Wahlen zu unterstützen. Sicherlich ist es richtig, dass viele an der Basis von [´solid] links von der LINKEN-Führung um Kipping, Riexinger und Gysi stehen. Aber es gibt kein politisch unabhängiges, alternatives Programm. Die „kritische Wahlunterstützung“ bedeutete daher auch in der Wahlkampfbroschüre „If nothing goes right go left“[11] die zentralen strategischen Worte Sahra Wagenknecht zu überlassen, einer „linken“ Bürokratin der Partei, die seit 20 Jahren tief mit dem Apparat der PDS und dann der LINKEN verankert war. Der Rest der Broschüre war eine unzusammenhängende Darstellung der Arbeit der [´solid]-Verbände, ohne eine klare Positionierung zur Bundestagswahl, der Politik und der Organisierung die notwendig wäre, um

die nächste Regierung des Kapitals (allen war klar, dass Schwarz-Rot gewinnen würde) herauszufordern. Es gab nicht einmal eine klare Ablehnung an einer bürgerlichen Regierung, die durchaus von der Mehrheit der LINKEN-Führung auch schon vor der Wahl klar artikuliert wurde.

Doch auch organisatorisch ist [’solid] nur auf dem Papier unabhängig. Die führenden Köpfe der Organisation sind eng mit dem bürokratischen Apparat der LINKEN verbunden. Die Personen, die sich immer wieder um Funktionen und Gremien gruppieren, sind ganz überwiegend auch Parteimitglieder, sind in der Partei sozialisiert und geschult worden und unterhalten natürlich auch beste Kontakte zu ParteifunktionärInnen. In Berlin gibt es viele LandessprecherInnen, die schon einmal stolz erzählen, wie oft sie sich auf einen Kaffee mit Gysi im Karl-Liebknecht Haus treffen. Auch finanziell ist der Jugendverband alles andere als unabhängig. Das meiste Geld bekommen die Landesverbände von der Linkspartei – je besser die Zusammenarbeit, desto mehr Geld.

Wenn das Verhältnis zwischen Landesverband und Partei schlecht ist, wird der Geldhahn zugedreht (Geld, welches hauptsächlich für sinnlose Materialschlachten ausgegeben wird, statt für politische Arbeit, aber das ist eine andere Geschichte)[12].

Gerade wenn eine Jugendorganisation in Zusammenarbeit und Diskussion mit einer reformistischen Partei steht, ist es wichtig politisch und finanziell unabhängig zu sein, um nicht an radikaler Energie einzubüßen, einen möglichen Anpassungskurs mitzumachen, sondern in der Basis der Partei das Gegenteil zu bewirken. Doch [’solid] diskutiert mit der Partei sowieso nicht auf Augenhöhe. Beschlüsse und Positionierungen des Verbandes werden in der Partei kaum wahr, geschweige denn ernst genommen. Ein reger Austausch und rege Diskussionen finden nicht statt. [’solid] hat keinen wirklichen Einfluss auf die Linkspartei, ist aber dennoch abhängig. Der beste Praxistest dafür ist die Aktivität und Politik von [´solid] in Ländern, wo die LINKE an der Regierung ist. Dort sind die Landesverbände praktisch tot, zumindest sehr inaktiv, rechts und stützen die (jugend- und arbeiterinnenfeindliche) Politik der Regierung – natürlich ganz „kritisch“.

Solange [´solid] von einer reformistischen Partei abhängig ist, wird der Jugendverband selber reformistisch bleiben. Für mich bedeutet Unabhängigkeit eine von der bürgerlichen Politik, vom Reformismus unabhängige, eigenständige revolutionäre Politik für Jugend und ArbeiterInnenklasse zu betreiben. Denn die Frage der Unabhängigkeit ist in erster Linie eine politische Klassenfrage, erst in zweiter Linie eine formal organisatorische Frage. Aktuell brauchen wir eine Jugendorganisation, die beiden Kriterien gerecht wird, damit die Jugend eigenständige Erfahrungen machen kann und sich vom Reformismus befreien kann!

„[`solid] ist eine reformistische Jugendorganisation“

Ich glaube schon seit längerem nicht mehr, dass [´solid] eine sozialistische Jugendorganisation ist. Aber ich glaube, dass es nach wie vor AktivistInnen in [´solid] gibt, die den Sozialismus als ein Ziel ansehen, für den es sich zu kämpfen lohnt. Aber aufgrund der ganzen Politik von [´solid] wird überhaupt nicht vermittelt, was das bedeutet und wie man dafür kämpft. Heißt: Wie die Organisation aussehen muss, die diesen Widerstand bündeln und anleiten kann. Das ist nicht nur schlecht für unseren gemeinsamen Kampf, sondern immunisiert auch gegen Kritik – weil sie oft auf Unverständnis und Unwissenheit trifft. Wenn viele von uns nicht einmal wissen, was der Landesverband oder die Ortsgruppe gleich um die Ecke tun, wie kann dann überhaupt eine richtige Kritik an der generellen Politik der eigenen Organisation entstehen?

Deshalb möchte ich noch einmal genauer auf zentrale politische Fragen und einige konkrete Beispiele eingehen, die meine Kritik womöglich ein wenig greifbarer machen.

Das Programm[13] von [´solid] beschreibt durchaus eine gewisse Kritik am Kapitalismus. Auch wenn wahrscheinlich viele Mitglieder von [´solid] das Programm wohl nie gelesen haben, was eindeutig ein Problem für sich ist. Allerdings ein Problem, wofür weniger die individuellen Mitglieder, sondern vielmehr eine Organisation, die eine solche Kultur des programmatischen Desinteresses schafft, Schuld tragen. Im übrigen ein eigener Grund warum viele Jugendliche überhaupt nicht verstehen, warum [´solid] mit ihrer Politik

scheitert, weil sie nie gelernt haben, diese Ursachen in der Programmatik der Organisation zu suchen.

Das Programm selbst ist recht dünn und an vielen Stellen nicht konkret genug. Aber immerhin werden wichtige Punkte, wie Lohnarbeit, Privateigentum, Bildungspolitik, Kriege, Umweltzerstörung und das bestehende Geschlechterverhältnis kritisiert.

Doch nur die (recht grobe) Analyse der bestehenden Verhältnisse alleine reicht nicht aus. Ein alternativer Weg muss aufgezeigt werden. Ein Weg, wie die aktuellen Tageskämpfe erfolgreich geführt und mit dem Sturz des Kapitalismus verbunden werden können. Ein Weg, wie die Aktivität und das (Selbst-) Bewusstsein der Jugendlichen und ArbeiterInnen in der konkreten Auseinandersetzung gehoben werden können, um eine Grundlage für Revolutionen und den Aufbau einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu legen.

Das Programm bleibt daher beschreibend und eine Auflistung von guten Willensbekundungen. Es wird immer schwammiger oder hört auf, wo die Praxis anfängt. Man muss sich oft den Vorwurf als RevolutionärIn machen lassen, die eigene Politik wäre „abstrakt“ und „utopisch“. Doch wenn ich mir das Programm von [´solid] ansehe, kann ich diese Kritik gerne zurückgeben.

In dem Programm von [´solid] heißt es auch, Reformismus und Revolution seien kein Widerspruch. Veränderungen fänden schwerpunktmäßig außerhalb der Parlamente statt. Wie das Zusammenspiel vom Erkämpfen von Reformen und revolutionärer Praxis aussehen soll oder was [’solid] überhaupt unter revolutionärer Praxis versteht, bleibt völlig unbeantwortet. Auch welche Rolle die Linkspartei dabei genau spielt und ob sich [’solid] die Überwindung des Kapitalismus als abrupten Bruch oder langsames Hinüberwachsen vorstellt, bleibt unklar.

Wie stürzen wir denn aber jetzt die Herrschaft des Kapitals, wie genau sollen die Herrschenden enteignet und die Klassengegensätze aufgelöst werden, wenn Veränderungen doch maßgeblich nicht in den Parlamenten passieren? Wie bekämpfen und schützen wir uns vor dem Widerstand der KapitalistInnen

und was ist eigentlich mit dem bürgerlichen Staat?

Über all solche Fragen verliert [’solid] als Gesamtorganisation kein Wort. Doch gerade solche Fragen müssen von einem sozialistischen Jugendverband aufgeworfen und diskutiert werden. Es müssen Antworten gefunden werden, um ein klares Konzept zu haben, für das gekämpft werden kann.

Ein solches Konzept zur Umwälzung der bestehenden Gesellschaft, welches der Verband versuchen könnte umzusetzen, existiert aber nicht. Konkret bietet das Programm lediglich einige Reformvorschläge, um den Kapitalismus „sozialer“ zu machen, verbunden mit der illusionären Vorstellung, dieser würde schon irgendwie verschwinden. Die Vorstellung der Bolschewiki und

RevolutionärInnen wie Trotzki[14], dass das Programm die verarbeitete Erfahrung der bisherigen Klassenkämpfe und die Schlussfolgerung für die notwendigen Perspektiven im Klassenkampf widerspiegeln müsse – damit auch überprüfbar werde – spielt in [´solid] keine Rolle.

Ich denke in diesem Zusammenhang, dass die ArbeiterInnenklasse das einzige Subjekt ist, welches es vermag, das Privateigentum der herrschenden Klasse durch Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und Produktion unter Ausschluss der KapitalistInnen zu bekämpfen. Sie ist auch die einzige Klasse, die ein direktes Interesse daran hat. Dafür muss sie sich aber politisch organisieren, sich eine eigene Partei schaffen und letztlich den bürgerlichen Staat

zerschlagen, um ihn durch die „Diktatur des Proletariats“[15] zu ersetzen. Das muss klar, auch in dem Programm einer revolutionären Jugendorganisation, benannt werden. Auf diese Einfluss zu nehmen, diese zu organisieren und für den Kampf fit zu machen, sollte auch für einen Jugendverband eine zentrale Aufgabe sein.

Bei [’solid] ist aber das Gegenteil der Fall: Die Mitglieder setzen sich überwiegend aus GymnasiastInnen und Studierenden zusammen. Diese werden später sicher auch fast
alle lohnabhängig beschäftigt sein und ich bin auch dafür diese zu organisieren. Aber es gibt bei [´solid] als Gesamtorganisation überhaupt kein Konzept, wie die ArbeiterInnenjugend, MigrantInnen und Jugendliche aus

prekären Verhältnissen für die Organisation gewonnen werden können. Eine Aufgabe die systematisch betrieben werden muss und nicht dem Zufall überlassen werden darf.

[´solid] versucht nicht konkret diese zu gewinnen und arbeitet theoretisch wie praktisch kaum zum Thema Ausbildung/Beruf. Auch die Gewerkschaften oder mögliche Arbeit vor und in den Betrieben werden völlig ignoriert. Das hat auch eine gewisse politische Logik, denn die strategische Politik in den Gewerkschaften und im Bezug auf die ArbeiterInnenklasse überlässt man der LINKEN, das heißt man überlässt sie dem Reformismus und der „linken" Gewerkschaftsbürokratie um Figuren wie Bernd Riexinger oder Klaus Ernst.

Somit hat ['solid] quasi gar keinen Einfluss auf die Jugend der ArbeiterInnenklasse. Dass der Verband dieses für SozialistInnen so wichtige Themenfeld so stark vernachlässigt, liegt wie bereits gesagt eben daran, dass der Verband selber keinen klaren Klassenstandpunkt hat.

Hier und da wird zwar mit dem Klassenbegriff hantiert, letzten Endes bezieht sich ['solid] aber nicht auf die Lohnabhängigen als Klasse, die der Klasse der KapitalistInnen gegenübersteht und diese stürzen und enteignen muss um sich zu befreien. Im Programm fällt zwar auch einmal das Wort „ArbeiterInnenklasse", in Bezug auf gesellschaftliche Veränderungen, aber es ist dort vielmehr von „sozialen Bewegungen" die Rede. Eine Jugendorganisation, die die ArbeiterInnenklasse nicht als die (!) Macht zur Umwälzung sieht und organisiert, wird in einer sozialistischen Bewegung keine Rolle spielen können.

Gruppen, die sich, wie die Linksjugend, auf die Ideen von Marx und Engels beziehen, sollte dies eigentlich völlig klar sein. Doch bei ['solid] wird leider wenig bis gar nicht mit den Theorien von Marx und Engels gearbeitet. In den vier Jahren meiner Mitgliedschaft habe ich nie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Texten dieser beiden Theoretiker miterlebt. Dabei begründen doch diese die zentralen Ideen eines/r jeden SozialistIn. Das Lesen theoretischer Texte spielt bei ['solid] leider fast gar keine Rolle. Und Marx hat viel mehr Arbeit geleistet, als die bestehende Gesellschaft lediglich zu analysieren und zu kritisieren. Über seine Kritik hinaus will aber, von einer

linken Minderheit abgesehen, niemand etwas wissen. Dabei ist gerade die selbstständige Schulung und Bildung der Jugendlichen mit sozialistischen Ideen eine zentrale Aufgabe einer revolutionären, sozialistischen Jugendorganisation. Das dies nicht geschieht, führt dann auch zu dem unklaren Klassenstandpunkt und der diffusen Vorstellung, wie der Kapitalismus überwunden wird. Die Konsequenz davon ist, dass die Politik der gesamten Organisation und der meisten Gliederungen in der Praxis deutlich rechter ist, als das, was selbst im Programm steht.

Dieses Verständnis von Politik und Programm drückt sich auch in der politischen Praxis und den konkreten Auseinandersetzungen aus. Gerade bei der zentralen Frage des konsequenten Kampfes gegen den Imperialismus[16] – Seite an Seite mit den von ihm Unterdrückten – mangelt es in [´solid]. Zwar ist sogar im Programm noch von „imperialer Neuaufteilung der Welt“ die Rede, allerdings hat [’solid] nicht die Analyse, dass es sich bei dieser um die höchste Stufe des Kapitalismus handelt, bei der die Bourgeoisien, um die totale wirtschaftliche Kontrolle der schwächer gestellten Länder und die immer wiederkehrende Neuaufteilung der Welt kämpfen. Im Zuge der Überakkumulation von Kapital sind die Grenzen des Nationalstaats „zu eng“ geworden, das Kapital will expandieren. Im internationalem Wettkampf können die herrschenden Klassen von wirtschaftlich und militärisch schwächeren Ländern aber nicht mithalten, deshalb kommt es zu Monopolbildung und Großkonzernen, welche andere Länder von sich abhängig machen, natürlich militärisch unterstützt von ihren Regierungen.

Die Schlussfolgerung die SozialistInnen daraus ziehen, ist für die Niederlage des Imperialismus in den Auseinandersetzungen auf globaler Ebene einzutreten, sich mit den Unterdrückten Völkern zu solidarisieren und ihren Widerstand zu unterstützen. Nur im entschlossenen Kampf gegen die ökonomische, politische und bewaffnete Macht des Imperialismus können fortschrittliche und revolutionäre Ideen in der ArbeiterInnenklasse und unter der Jugend der halbkolonialen Länder verbreitet werden, als auch die notwendige Idee unter den ArbeiterInnen in den imperialistischen Ländern, dass „der Hauptfeind im eigenen Land steht.“[17]

Bei [’solid] ist es aber in den meisten Landesverbänden nicht einmal möglich einen Positionierungsantrag, Flyer oder Sticker durchzubringen, der das Wort (Anti)Imperialismus auch nur enthält, auf Bundesebene schon gar nicht. Im besten Falle verdammt sich [´solid] damit auf eine rein moralische und pazifistische Position, die der Gewalt der KapitalistInnen und ihrer Kriege, keinen Widerstand sondern nur gut gemeinte Ratschläge entgegenstellen kann.

In vielen Fällen führt es allerdings direkt zu Positionen, die einen reaktionären Charakter haben. Das beste Beispiel ist der Palästina-Konflikt, wo die Mehrheit des Bundesverbandes es vorzieht entweder zu schweigen oder offen auf der Seite der israelischen Panzer zu stehen. In solchen Fragen zeigt sich, dass die Positionen in [´solid] nicht einfach nur „plural“ sind. Sie beruhen letztlich auf unterschiedlichen (Klassen-)standpunkten. Jede/r RevolutionärIn, der/die für die Aufrechterhaltung eines solchen Status quo in der eigenen Organisation und gegen einen Bruch mit diesen Kräften argumentiert, schaufelt sich letztlich sein/ihr eigenes politisches Grab. Die gezielten Attacken des rechten Flügels in [´solid] gegen Linke, wie in Essen gegen die Demonstration gegen den Gaza-Krieg, zeigen das deutlich. Wir sollten aus den Erfahrungen von RevolutionärInnen wie Rosa Luxemburg lernen, die zu spät auf einen Bruch mit dem Reformismus hin arbeiteteten. Allerdings war es der verdienst dieser RevolutionärInnen, jederzeit klar die programmatische Feindschaft zu den Rechten in der SPD zu artikulieren. Zumindest diese klare programmatische und personelle Abgrenzung zu den bürokratischen FührerInnen und den reformistischen Fraktionen von [´solid] und der Linkspartei wäre der erste nötige Schritt für SozialistInnen.

Denn aufgrund des verstärkten Anpassungskurses der Partei DIE LINKE an die rechtere sozialdemokratische Partei SPD, findet auch eine Entradikalisierung in [´solid] statt. Langfristig sollen die Mitglieder auf eine Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen vorbereitet werden.

Das war auch der Grund für die öffentlichen Austritte aus der Linkspartei und dem Jugendverband in Hamburg. Die AktivistInnen trafen einen wahren Kern, als sie in ihrem Austrittsschreiben erklärten, dass es „vermutlich nicht eine andere parteinahe Jugendorganisation in der Bundesrepublik [gibt], die einen

weniger radikalen Kurs verfolgt als ihr Mutterschiff. Während die Junge Union konservativer als die CDU auftritt, die Jusos sich zumindest in den meisten Bundesländern sozialdemokratischer gerieren als die SPD usf., hat sich Linksjugend [’solid] zu einer Basis der Rechtsentwicklung in der Partei gemausert.“

Dies hat sich zuletzt auch auf dem Bundeskongress in Frankfurt wieder bestätigt, wo die überwiegende Mehrzahl linker Anträge abgeschmettert wurde. Hier gab es z.B. einen Positionierungsantrag, welcher die Generalüberwachung des Internets, der Telefone durch die NSA aufgriff. Dieser wurde durch antideutsche Kräfte attackiert und schließlich auch ersetzt. Andere Länder würden ja auch Daten abgreifen, somit sei dieser Antrag verkürzt und „antiamerikanisch“. Diese Begründung war im Verband tatsächlich mehrheitsfähig.

Ein anderes Beispiel war die ersatzlose Streichung eines Antrages, der sich nicht nur mit Flüchtlingen solidarisierte und eine Intervention des Verbandes forderte, sondern auch klar aufzeigte, welche Ursachen die notgedrungene Flucht von Abertausenden in Afrika hat: der Imperialismus der USA, Chinas oder der europäischen Bourgeoisien, welcher durch die Ausbeutung der Rohstoffe, Schüren von Konflikten und kriegerischen Interventionen, den dort lebenden Menschen immer wieder ihre Lebensgrundlage entzieht.

Die Zustände, die zur Flucht geführt haben, offen zu legen und dagegen zu agieren, ist nicht im Sinne derer, die innerhalb von [’solid] den Ton angeben. In Berlin führte das sogar so weit, dass die LandessprecherInnen von [´solid] eine Einheitsfront für einen Schulstreik für die Forderungen der Refugees ablehnten. Ihr „Argument“ – im persönlichen Gespräch mit den SchulstreikaktivistInnen, formell sahen sie sich gar nicht verpflichtet überhaupt zu antworten – war, dass die Aktion sowieso unbedeutend sei und man mit „so kleinen Gruppen wie REVOLUTION und Red Brain“, die zu der Initiative aufriefen, nicht zusammenarbeiten würde. Der Schulstreik brachte 4´000 SchülerInnen auf die Straße. Doch nach einem Streik mit 4´000 SchülerInnen, der Räumung des Oranienplatzes und der drohenden Räumung der Ohlauerstraße sah sich der Verband als Gesamtorganisation nach wie vor nicht in der Pflicht eine gemeinsame Mobilisierung zu tragen. Zwar brachte

der LandessprecherInnenrat einige Tage vorher einen kurzen Aufruf heraus, aber nur eine von sieben Ortsgruppen beteiligte sich tatsächlich an der Mobilisierung.

Insgesamt nicht nur ein Trauerspiel, sondern auch symptomatisch für die gesamte Logik und Mentalität der FührerInnen von [´solid], aber auch exemplarisch für die (relative) Passivität, in die jede reformistische Organisation gezwungen ist.

„Revolutionäre sollten bei den Massen sein“

Ich glaube, und deswegen habe ich den Text verfasst, dass es viele GenossInnen in [´solid] gibt, die ein offenes Ohr für meine Kritik haben. Es gibt auch einige GenossInnen, die in vielen Fragen bereits eine ähnliche Einschätzung haben. Die entscheidende Frage aber ist „Was tun?“ Viele, die diese Kritik in einigen Punkten teilen, sagen, dass „Revolutionäre bei den Massen sein sollten.“ Deshalb müsse man in jedem Falle in [´solid] arbeiten.

Dem ersten stimme ich voll und ganz zu. RevolutionärInnen sollten in jedem Kampf in den ersten Reihen stehen, die entschlossensten und aufopferungsvollsten AktivistInnen sein. Nur so können sie das Vertrauen „der Massen“ gewinnen und eine Alternative zur bestehenden Politik des Reformismus in unserer Bewegung aufzeigen. Doch ich frage jede/n, ist [´solid] der beste Ort, um eine solche Arbeit und Aktivität zu entfalten? Ich glaube nicht. Ich glaube auch, dass die sehr gute und aufopferungsvolle Arbeit, die viele Linke in [´solid] leisten nicht auf ihr Konto geht, sondern dass lediglich die Führung und die LINKE davon profitiert – nur, um es diesen AktivistInnen danach mit politischen Rügen, wie in Essen geschehen, zu danken.

Als ich vor kurzem nach Kassel zog, gab es bereits keine aktive [´solid]-Gruppe mehr. Und das, obwohl hier vor einigen Jahren noch dutzende AktivistInnen in [´solid] aktiv waren – wohl gemerkt eine damals sehr linke [´solid]-Gruppe. Das war der Punkt, an dem ich endgültig die Entscheidung getroffen habe, nicht erneut unter der Schirmherrschaft einer reformistischen Organisation eine Ortsgruppe aufzubauen.

Deshalb bin ich der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION beigetreten. Innerhalb eines Semesters ist die Gruppe von Null auf fünf Mitglieder angewachsen. Das ist zwar noch keine Massenorganisation, aber eine Basis auf der man eine revolutionäre Organisation aufbauen kann. Außerdem beweist es, dass man Jugendliche auch direkt mit kommunistischer Politik ansprechen kann. Außerdem ist die politische Unterstützung, Schulung, Besuche, bundesweite Kampagnen und Aktivitäten, die diese verhältnismäßig kleine Organisation mir bieten, weitaus mehr als [´solid] in 4 Jahren meiner Mitgliedschaft geleistet hat. Das und ihr Programm haben mich davon überzeugt, dass diese kleine Organisation das Potential hat zu einer bedeutenden revolutionären Kraft zu werden.

Doch ich fühle mich nichtsdestotrotz mit den linken und revolutionären Jugendlichen in [´solid] verbunden. Meine Empfehlung an die GenossInnen, die noch in [´solid] sind, ist daher auch nicht individuell und unabhängig voneinander aus [´solid] auszutreten und den Aufbau einer revolutionären Organisation dem Zufall zu überlassen. Wäre das mein Ziel, hätte ich diesen Text nicht schreiben müssen. Es passiert auch ohne mich Tag für Tag.

Ich denke, dass alle, die meine Kritik teilen, sich in einem ersten Schritt, in [´solid] zu einer revolutionären Fraktion zusammenschließen sollten, die sich auch offen als solche erklärt. [´solid] ist nicht einfach zu „reformieren“. Dafür gehen die Positionen von RevolutionärInnen und dem rechten Flügel und ihrer Führung viel zu weit auseinander.

Aber eine solche Fraktion könnte ein alternatives Programm zu dem bestehenden reformistischen [´solid] Programm entwerfen oder zumindest eine Diskussion darüber beginnen. Es müsste klar umreißen, wie der Kampf gegen die aktuelle Bundesregierung und ihre Angriffe geführt werden können. Es müsste deutlich sagen, wie die Jugend auch praktisch Widerstand gegen Bildungsabbau, Prekarisierung und Ausbildungsnot organisieren kann.

Ein ökonomisch sinnvolles Programm müsste vorgelegt werden, indem Jugendlichen gut und verständlich erklärt wird, welche unmittelbaren Maßnahmen RevolutionärInnen vorschlagen (z.B. 35 Stunden Woche, 12 Euro Mindestlohn, Mindesteinkommen auch für Azubis, SchülerInnen, StudentInnen,

Verstaatlichung aller Betriebe, die Entlassungen oder Schließungen ankündigen unter ArbeiterInnenkontrolle stellen etc.) und wie diese mit der Revolution und dem Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft verbunden wären.

Und vor allem: Es müsste auch dem deutschen Imperialismus auf internationaler Ebene klar den Kampf ansagen. Dieses Programm müsste eine klare Widerstandsperspektive gegen die Krise in Europa und die imperialistische EU entwickeln, die auch die notwendigen Kampfmittel benennt: der Aufbau von klassenkämpferischen Basisoppositionen in den (Jugend-)Gewerkschaften, international koordinierte Proteste, die von europaweiten Delegiertenkonferenzen beschlossen werden und nicht wie bisher von den FührerInnen der Gewerkschaften und Linksparteien in den Hinterzimmern ausgehandelt werden, und vor allem die Frage des unbefristeten Generalstreiks.

Fragen wie die aktuelle Zuspitzung in der Ukraine, als auch zwischen Russland, den USA und Deutschland, sowie Japan und China, die damit einhergehende zunehmende internationale Militarisierung, die barbarische nationale Unterdrückung beispielsweise der PalästinenserInnen und der KurdInnen, als auch die Kriege in Afrika, Asien oder im Nahen- und Mittleren Osten, die zu hunderttausenden Flüchtlingen führen, von denen viele an den EU-Außengrenzen sterben, sollten nicht nur in diesem Programm beschrieben und beantwortet werden – sie sollten auch klar machen, dass die jetzige Führung und Politik von [´solid] keine Antworten darauf gibt. Welches Stehvermögen hätte diese Führung, wenn es zu derartigen Erschütterungen in Deutschland selbst kommt? Und diese Erschütterungen werden kommen.

Und hier ist der Knackpunkt. Sollten diese Fragen offen von RevolutionärInnen thematisiert werden, mit dem klaren Ziel die gesamte Politik der Organisation zu verändern, die Führung der Organisation auszuwechseln und Schluss mit dem vorherrschenden Bürokratismus zu machen, wäre es schnell vorbei mit „Pluralismus“, „Unabhängigkeit“ und der „Offenheit“ der Organisation. Der rechte Flügel, die Antideutschen und die Führung von [´solid] wissen, dass ihre Politik unvereinbar mit der Politik von RevolutionärInnen ist. Die RevolutionärInnen sollten es auch wissen. Früher oder später wird ein Bruch

unvermeidbar sein. Das eigenständige Auftreten einer solchen Fraktion ist deshalb von Beginn an unbedingt notwendig. Das bedeutet nicht, dass ich mir per se Spaltungen wünsche. Unser Ziel sollte es sein revolutionäre Einheit anzustreben. Mit dem entschlossen reformistischen Flügel in [´solid] wird dies allerdings kaum möglich sein.

Der Aufbau einer revolutionären Fraktion erscheint daher als schwer. Er ist es auch. Aber er ist die einzige Möglichkeit, dem politischen Bankrott, wenn schon nicht der gesamten Organisation, so doch wenigstens der klassenkämpferischen Jugendlichen in ihr, entgegenzuwirken. Sollen die aktuellen FührerInnen mit dem sinkenden Schiff der Linkspartei untergehen, die sich immer mehr auf Regierungsbeteiligung einstellt. Aber warum sollte das all diejenigen, die Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft wollen, ebenfalls dazu verdammen auf diesen Untergang zu warten?

Ein revolutionäres Programm und der Aufbau einer kommunistischen Jugendorganisation ist jetzt notwendig und nicht erst 2017 (Bundestagswahl) oder am St. Nimmerleinstag. Eine revolutionäre Fraktion in [´solid] müsste sich daher auch die Frage stellen, wie sie in die Debatte mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen über Politik und praktische Zusammenarbeit tritt, um vereint gegen Krieg, Krise, Faschismus und Bildungsabbau zu kämpfen. Ich und meine GenossInnen von REVOLUTION sind dazu jederzeit bereit. Doch die Führung von [’solid] ist nicht gewillt eine solche Diskussion zu führen oder aktiv in Bewegungen einzugreifen – das ist letztlich die zentrale Erfahrung meiner politischen Arbeit in [´solid].

Ich schlage daher einen Diskussionsprozess vor, der über die Organisationsgrenzen von [´solid] hinausgeht und eine gemeinsame politische Praxis einschließt. Ich fordere alle revolutionären Jugendlichen in [´solid] dazu auf sich mir anzuschließen. Den sich als revolutionär und sozialistisch verstehenden Ortsgruppen in [´solid] schlage ich vor,
eine gemeinsame Debatte über die Perspektiven revolutionärer Einheit, die Schaffung einer tatsächlich kommunistischen Jugendorganisation und wie wir dafür eintreten können, zu führen.

Der Aufbau einer internationalistischen, kommunistischen Jugendorganisation

ist dringend nötig. Er ist aber auch möglich. Das ist die Einheit die wir brauchen: Kämpfen wir gemeinsam dafür!

Ein Artikel von Lukas Müller

1 http://www.redglobe.de/deutschland/opposition/9518-dokumentiert-austrittserklaerung-aus-der-linkspartei

2Für genauere Betrachtungen zum Charakter des Reformismus siehe: *Thesen zum Reformismus,* Revolutionärer Marxismus 44, global red, Berlin: 2012, S. 107 ff.

3 Die Theorie des „tiefen Entrismus“ oder Entrismus sui generis, wurde von unterschiedlichen Strömungen, die sich auf den Trotzkismus berufen, entwickelt. Die Begründungen oder die genaue taktische Umsetzung können sich unterscheiden, die verschiedenen Organisationen, die ihn anwenden, betreffend. In allen Fällen ist das Ziel möglichst lange in der (reformistischen) Organisation zu verweilen mit dem Ziel sie zu einer sozialistischen Organisation zu „transformieren“, die Führung immer weiter nach links zu drücken oder im Falle einer revolutionären Situation „schon bei den Massen“ zu sein. Diese Politik führt unweigerlich dazu, die eigene Organisation zu verstecken, das revolutionäre Programm abzuschwächen und keinen entschlossenen Kampf gegen den Reformismus zu führen – jederzeit zu einem Bruch bereit zu sein, um das Programm zu verteidigen. Wir lehnen revolutionären Entrismus, als Taktik, in der RevolutionärInnen offen für ihr Programm eintreten und die Konfrontation mit der Bürokratie suchen, um ArbeiterInnen und Jugendliche vom Reformismus zu brechen, nicht ab. Aber wir lehnen die Politik des „tiefen Entrismus“ entschieden ab. Sie ist eine Entstellung des Trotzkismus und der revolutionären Strategie.

4Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?*

5Aufruf, den der Bak Shalom auf facebook geteilt hat: https://www.facebook.com/bakshalom/posts/903637682989340

6http://solid-berlin.org/archive/568

7W. I. Lenin, *Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion,* LW 10, S. 447

8z.B. tragen BAK Shalom Mitglieder T-Shirts der „Israel Defence Force“, so auch auf dem vergangenen Bundeskongress

9http://www.linksjugend-solid.de/positionen/programm/#post-1130-4-5-konsequent-gegen-krieg-eine-friedliche-welt-ist-moeglich

10http://www.jungewelt.de/2014/07-21/036.php

11http://www.linksjugend-solid.de/wp-content/uploads/2013/08/Magazin_go_left_2013.pdf

12Bei uns in Hessen wurden z.B. einmal durch mangelnde Beteiligung am Wahlkampf und eine schleifende Zusammenarbeit mit der Partei Gelder von der Linken gestrichen.

13http://www.linksjugend-solid.de/positionen/programm/

14Russischer Revolutionär und Mitglied der Bolschewiki ab 1917. Er war maßgeblich an der Oktoberrevolution beteiligt, u.a. verantwortlich für den Aufbau der Roten Armee und ein wichtiger marxistischer Theoretiker.

15W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, LW 25, S. 393-507

16W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, LW 22, S. 1919-309

17 https://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtk/1915/05/feind.htm